



## Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die  
2. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personal- und  
Organisationsentwicklung  
am 07.03.2017  
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

### Teilnehmer:

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Heike Behr  
Abg. Jürgen Borngräber  
Abg. Klaus Brodersen  
Abg. Heinz-Friedrich Carstens  
Abg. Erich Gajdzik  
Abg. Michaela Holsten  
Abg. Reinhard Lindenberg  
Abg. Bernd Sievert  
Abg. Ulrich Thiar

Vertretung für den Abgeordneten Gerhard Holsten

#### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Abg. Dr. Karsten Hoffmann

#### **Verwaltung**

Landrat Hermann Luttmann  
KR Sven Höhl  
Ltd. KVD´in Imke Colshorn (bis TOP 5)  
Gleichstellungsbeauftragte Ute Pommerien  
Stellv. Personalratsvorsitzender Herr Oliver Hübner  
KOAR´in Susanne Schwandt  
Frau Christine Huchzermeier  
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Gerhard Holsten

## Tagesordnung:

### a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Ausschusses für Personal- und Organisationsentwicklung am 22.11.2016
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Antrag des Abgeordneten Borngräber auf Einberufung einer Sitzung des Ausschusses für Personal- und Organisationsentwicklung vom 12.01.2017  
Vorlage: 2016-21/0124
- 6 Übertragung von Kreistagssitzungen im Internet  
Vorlage: 2016-21/0127
- 7 Bürgerplattform ROW  
Vorlage: 2016-21/0131
- 8 Anfragen

### a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Vorsitzender Borngräber** eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, den Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

**Vorsitzender Borngräber** stellt fest, dass der Ausschuss nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wird einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Ausschusses für Personal- und Organisationsentwicklung am 22.11.2016**

---

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig:

Die Niederschrift über die 1. Sitzung des Ausschusses für Personal- und Organisationsentwicklung wird genehmigt.

**Kreisrat Höhl** berichtet wie folgt:

1. Der Haushalt 2017 des Landkreises mit der Anlage des Personalstellenplanes sei am 07.02. vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport ohne Einschränkungen und Auflagen genehmigt worden. Der Haushalts- und Stellenplan könne nach der erfolgten Veröffentlichung und der öffentlichen Auslegung seit dem 22.02.2017 voll ausgeführt werden.
2. Die neue Entgeltordnung zum TVöD sei ab 01.01.2017 in Kraft getreten. Nach der Einführung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) zum 1. Oktober 2005 hätten nach lange andauernden Verhandlungen die Entgeltverordnungsverhandlungen im Rahmen der Tarifrunde 2016 abgeschlossen werden können. Bei der neuen Entgeltordnung seien im Vergleich zum bisherigen Eingruppierungsrecht bei zahlreichen Berufen dort Veränderungen vorgenommen worden, wo sich die tatsächlichen Anforderungen an die Tätigkeit geändert hätten.

In nennenswertem Umfang seien nicht mehr zeitgemäße bisherige Tätigkeitsmerkmale gestrichen worden.

Auf folgende Änderungen gegenüber dem bisherigen Eingruppierungsrecht wolle kurz hinweisen:

- Einstiegseingruppierung von Beschäftigten mit mindestens dreijähriger Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf grundsätzlich in Entgeltgruppe 5.
- Aufteilung der Entgeltgruppe 9 in die Entgeltgruppen 9a, 9b und 9c.
- Einstiegseingruppierung von Beschäftigten mit einem Bachelorabschluss grundsätzlich in Entgeltgruppe 9b.
- Gleichstellung der Masterabschlüsse mit den wissenschaftlichen Hochschulabschlüssen alter Art.
- Neue Eingruppierungsmerkmale u.a.:
  1. im IT-Bereich,
  2. für Beschäftigte im Rettungsdienst und bei den Leitstellen,
  3. im kommunalen feuerwehrtechnischen Dienst,
  4. für Schulhausmeister.

• Anwendung der allgemeinen Eingruppierungsmerkmale auf die Beschäftigten in Büchereien und Archiven sowie im Fremdsprachendienst.

Es bleibe bei der Abschaffung von Bewährungs-, Zeit-, und Tätigkeitsaufstiegen. Sämtliche bisherigen Vergütungsgruppenzulagen seien gestrichen worden.

Die konkreten Auswirkungen für das Personalkostenbudget könnten derzeit noch nicht abschließend abgeschätzt werden. Er gehe davon aus, dass das Budget ausreichend sein werde.

Vorsitzender Borngräber übergibt den Vorsitz an die stellv. Ausschussvorsitzende Behr.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Antrag des Abgeordneten Borngräber auf Einberufung einer Sitzung des Ausschusses für Personal- und Organisationsentwicklung vom 12.01.2017**  
**Vorlage: 2016-21/0124**

---

**Abg. Borngräber** begründet den von ihm gestellten Antrag. Seine Absicht sei es in erster Linie gewesen, eine Lösung für die Probleme im Jobcenter des Landkreises zu finden. Dazu möchte er zunächst wissen, ob es richtig sei, dass die Leistungssachbearbeiter im Jobcenter durchschnittlich über Leistungen von einem Betrag von ca. 1 Million Euro jährlich entscheiden.

**Landrat Luttmann** antwortet, einen solchen Betrag könne er nicht bestätigen. Gleichwohl würde die reine Summe der zu bewilligenden Leistungen nichts über die Arbeitsleistung bzw. die Belastung des einzelnen Mitarbeiters aussagen.

**Abg. Borngräber** möchte weiter wissen, wie viele Stellen unbesetzt seien, wie viele Mitarbeiter im Jobcenter über keine Verwaltungsausbildung verfügen würden und wie viele Mitarbeiter/innen aufgrund Arbeitsüberlastung krank seien.

**Landrat Luttmann** verweist auf die noch folgende Präsentation von Kreisrat Höhl.

**KOAR`in Schwandt** erklärt, Überlastungsanzeigen aus dem Jobcenter habe es in den vergangenen Jahren nach ihrer Kenntnis nicht gegeben.

*(Anmerkung: Am 04.01.2017 wurde eine Überlastung der vier Sachgebiete der Leistungssachbearbeitung im Jobcenter angezeigt.)*

**Abg. Borngräber** fragt weiter, ob sich der Leiter des Jobcenters wegen der Stellenbesetzungen auch an den zuständigen Personaldezernenten gewandt habe.

**Kreisrat Höhl** antwortet, es habe ständig Kontakt gegeben und man habe stets versucht, Lösungen zu finden. Dabei habe es durchaus unterschiedliche Auffassungen gegeben, aber man habe sich – auch in Zusammenarbeit mit dem Personalrat – immer auf Maßnahmen verständigen können.

**KOAR`in Schwandt** ergänzt, es seien bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt worden, z. B. seien befristete Arbeitsverhältnisse in unbefristete umgewandelt worden und es werde demnächst eine dauerhafte Stellenausschreibung auf der Internetseite des Landkreises geben.

**Landrat Luttmann** weist auf den mit dem Stellenplan 2017 beschlossenen Stellenzuwachs im Jobcenter hin. Bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für Personal- und Organisationsentwicklung sei darauf hingewiesen worden, dass es in allen Bereichen der Verwaltung zunehmend schwierig sei, qualifiziertes Personal zu finden.

Auf die Frage des **Abg. Borngräber**, ob die Leitung des Jobcenters bei der Zusammenstellung der Fakten für die heutige Sitzung beteiligt gewesen sei, antwortet der **Landrat**, der Leiter des Jobcenters habe krankheitsbedingt nicht mitwirken können, dieser habe aber Stellvertreter, die mitgewirkt hätten.

**Kreisrat Höhl** räumt unterschiedliche Auffassungen in organisatorischen Fragen mit dem Leiter des Jobcenters ein.

Auf die Anfrage des **Abg. Borngräber**, warum der Leiter des Jobcenters nicht anwesend sei, antwortet **Landrat Luttmann**, dass dieser krank sei.

Auf die Frage des **Abg. Borngräber**, wie die Verwaltung mit den ca. 1.000 Flüchtlingen als neue Klienten im Jobcenter umgehen wolle, antwortet **Kreisrat Höhl**, dort seien für 2017 insgesamt 13 neue Stellen in der Leistungssachbearbeitung und der Arbeitsvermittlung eingerichtet worden.

**Landrat Luttmann** spricht den Mitarbeitern der Kreisverwaltung, die bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise mitgeholfen hätten, seinen Dank aus. Im Herbst 2015 habe die Flüchtlingskrise den Landkreis voll getroffen, was sich insbesondere im Sozialamt, im Ordnungsamt und im Jugendamt ausgewirkt habe. In diesen Ämtern sei bereits Ende 2015 zusätzliches Personal eingestellt worden. Das Jobcenter sei zu diesem Zeitpunkt weniger betroffen gewesen. Bedingt durch die gute Konjunktur, die Auswirkungen des demografischen Wandels und dadurch, dass fast alle Behörden ausgebildetes Personal suchen würden, sei es zunehmend schwieriger geworden, die Stellen zu besetzen. Bereits im Stellenplan 2016 sei auf den zusätzlichen Personalbedarf reagiert worden und im Laufe des Jahres 2016 seien darüber hinaus noch zusätzliche Stellen bereitgestellt worden. Schließlich seien mit dem Stellenplan 2017 im Jobcenter weitere Stellen ausgewiesen worden. Probleme mit der Stellenbesetzung würde es nicht nur im Jobcenter geben.

**Abg. Borngräber** meint, es habe nach seinem Eindruck nicht so zahlreiche öffentliche Stellenausschreibungen des Landkreises für das Jobcenter gegeben.

**KOAR`in Schwandt** entgegnet, mit einer Stellenausschreibung würden häufig gleich mehrere Stellen besetzt.

**Kreisrat Höhl** stellt anschließend anhand einer PowerPoint-Präsentation die Stellenentwicklung und die Stellenbesetzung im Jobcenter seit 2006 dar *(Anmerkung: Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt).*

Er räumt erneut ein, dass es problematisch sei, ausgeschriebene Stellen mit qualifiziertem Personal zu besetzen. Im Jobcenter sei bei sinkenden Fallzahlen auch die Zahl der Personalstellen zurückgefahren worden. Auf einen Anstieg der Zahl der Hilfefälle habe die Verwaltung dann ebenso mit einem Zuwachs der Stellen reagiert. Insgesamt sei die Quote der nicht besetzten Stellen im Jobcenter nicht signifikant höher als in der Gesamtverwaltung. Es würde Probleme bei

der Stellenbesetzung in der Leistungssachbearbeitung geben. Die Verwaltung sei aber auf dem Weg, dies zu regeln.

Auf einen Hinweis des **Abg. Gajdzik** zu möglichen Problemen bei der Besetzung von befristeten Stellen antwortet **KOAR´in Schwandt**, es würde versucht, nach Möglichkeit unbefristete Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

**Abg. Gajdzik** meint, er sei überrascht über diesen Antrag gewesen und darüber, dass ein solches Anliegen über die Politik in die Gremien kommen würde und nicht auf dem Weg über die Verwaltung.

**Abg. Thiar** möchte wissen, ob es solche Probleme auch in anderen Ämtern, z. B. im Jugendamt, geben würde.

**Abg. Sievert** stellt die Frage, ob die Situation falsch eingeschätzt oder dies den Kreistagsabgeordneten von der Verwaltung falsch vermittelt worden sei. Es seien 2015 Stellen vom Jobcenter in das Sozialamt verschoben worden und nun würde es Probleme geben, diese Stellen wieder zum Jobcenter zu „schieben“?

**Landrat Luttmann** erläutert, für das Jahr 2017 sei für das Jobcenter im Stellenplan ein deutlicher Stellenzuwachs vorgesehen. Nach seiner Ansicht müsse damit die Zahl der Hilfefälle bewältigt werden können. Wenn nötig, würden auch darüber hinaus Stellen bereitgestellt. Er weist auf Probleme im Jugendamt hin, wo die Amtsleitung bereits seit Monaten krankheitsbedingt nicht im Dienst sei. Dort seien viele junge Mitarbeiter/innen eingesetzt, die schwierige Fälle zu bearbeiten hätten. Die Verwaltung würde sich auch dort um Lösungen kümmern.

**Kreisrat Höhl** erklärt, die zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms im Sozialamt eingerichteten Stellen hätten nicht so schnell wie ursprünglich gehofft zum Jobcenter übergehen können, weil auch im Sozialamt nach wie vor eine hohe Arbeitsbelastung bestehen würde. Dies sei einvernehmlich vom Personalamt mit den zuständigen Dezernaten und der Personalvertretung geregelt worden. Es müssten alle Ämter der Landkreisverwaltung gleich behandelt werden, eine Bevorzugung oder Sonderbehandlung für einzelne Ämter solle es nicht geben.

Auf die Frage des **Abg. Gajdzik** nach der Einschätzung der Personalvertretung erläutert **stellv. Personalratsvorsitzender Hübner**, dass die Dienststelle und der Personalrat bei der Stellenbesetzung auf einer guten Linie seien.

**Abg. Borngräber** führt aus, das Jobcenter sei ein besonders sensibler Bereich der Landkreisverwaltung, weil es dort um die Lebenssituation von Menschen gehen würde. Dies habe er seit seiner Zeit als Vorsitzender des Ausschusses für das Jobcenter in der vergangenen Wahlperiode besonders im Fokus und außerdem seien Probleme im Jobcenter an ihn herangetragen worden. Auch er sei an einer einvernehmlichen Problemlösung interessiert. Er habe nach der heutigen Diskussion das Gefühl, dass die Problematik von allen Beteiligten erkannt worden sei und versucht werde, Abhilfe zu schaffen. Damit sei der von ihm gestellte Antrag zunächst erledigt und man könne die weitere Entwicklung bis zur nächsten Fachausschusssitzung abwarten. Sollten sich aber neue Probleme ergeben, könne doch eine zusätzliche Sitzung erforderlich werden.

**Landrat Luttmann** sieht die Verwaltung auf einem guten Weg, hier eine Lösung zu finden. Er sehe aber aktuell auch gar keine Problematik, denn die Verwaltung habe auf die gestiegenen Fallzahlen im Jobcenter bereits reagiert.

**Abg. Gajdzik** stimmt zu, die Verwaltung habe aufgezeigt, dass entsprechende Maßnahmen ergriffen worden seien.

**KVD´in Colshorn** weist darauf hin, dass die zusätzliche Personalausstattung im Sozialamt und im Jobcenter auf Grundlage der seinerzeitigen Flüchtlingszahlen und in Abstimmung mit den Amtsleitungen erfolgt und im Mai 2016 vom Kreisausschuss beschlossen worden sei. Wenn unterjährig weitere Personalbedarfe entstehen würden, könne kurzfristig reagiert werden.

Auf Nachfrage der **stellv. Ausschussvorsitzenden Behr** bestätigt **Abg. Borngräber**, dass der von ihm gestellte Antrag nicht im Kreisausschuss/Kreistag behandelt werden solle.

**Kreisrat Höhl** bittet darum, dass, wenn derartige Problemlagen an die Abgeordneten des Kreistages herangetragen würden, auch die Verwaltung informiert werden solle.

Ltd. LVD´in Colshorn verlässt die Sitzung.

**Abg. Lindenberg** führt aus, bei der von der Verwaltung durchgeführten Befragung der Kreistagsabgeordneten, ob diese einer Videoaufnahme der Kreistagssitzungen zustimmen würden, hätten sich mehrere Abgeordnete dagegen ausgesprochen. Damit sei keine Übertragung der Kreistagssitzungen als Livestream im Internet mehr möglich, weil dann nicht die Persönlichkeitsrechte aller Abgeordneten gewahrt werden könnten.

**Kreisrat Höhl** weist darauf hin, dass nach dem Stand von gestern 24 Kreistagsabgeordnete einer Videoaufnahme zugestimmt hätten, 8 Abgeordnete hätten sich dagegen ausgesprochen. Von 22 Abgeordneten sei deren Erklärung bis gestern nicht abgegeben worden.

Zum Antrag der AfD-Fraktion erklärt **Abg. Dr. Hoffmann**, dies sei keine Kritik am Antrag des Abg. Lindenberg. Vielmehr solle damit etwas Konstruktives beigetragen werden, denn zunächst müsse geklärt werden, wie die Aufzeichnung der Sitzungen und die Bereitstellung im Internet ablaufen könne. Dazu sollten Details gemeinsam von den Fraktionen erarbeitet werden.

**Abg. Lindenberg** meint, mit seinem Antrag habe er eine Live-Übertragung der Sitzungen erreichen wollen. Es sollten keine Aufzeichnungen ins Internet gestellt werden. Deshalb sei der Antrag der AfD-Fraktion in diesem Sinne nicht zielführend.

**Abg. M. Holsten** stellt klar, dass nach dem Kreistagsbeschluss eine Befragung der Abgeordneten zur Zustimmung zu Videoaufnahmen erfolgen sollte. Dies sei erfolgt und leider hätten nicht alle Abgeordneten ihre Zustimmung gegeben. Nur wenn alle zugestimmt hätten, hätte der Antrag weiter verfolgt werden sollen. Dies geschehe nun leider nicht, obwohl man die Öffentlichkeit mehr für die Kommunalpolitik interessieren wolle.

**Abg. Gajdzik** meint, jeder Bürger/jede Bürgerin habe die Möglichkeit, die öffentlichen Gremiensitzungen zu besuchen und sich über die Kreistagspolitik zu informieren. Die Verwaltung habe den Beschluss des Kreistages mit der Abfrage an die Abgeordneten umgesetzt. Nachdem nicht alle Abgeordneten zugestimmt hätten, sei der Antrag des Abg. Lindenberg damit abgearbeitet und erledigt.

**Abg. Borngräber** spricht die Kosten für eine mögliche Aufnahme der Kreistagssitzungen an und fragt nach aktuellen Zahlen. Im Übrigen seien nur bei wenigen Sitzungen zahlreiche Zuhörer anwesend, dies sei nur bei besonders interessanten Themen der Fall. Er fragt, ob der große Sitzungssaal für eine Videoaufnahme der Sitzungen geeignet sei oder dazu größere Umbauten notwendig wären.

**Kreisrat Höhl** erklärt, die anfallenden Kosten würden davon abhängen, mit welchem Aufwand und mit welcher Technik und Personal die Aufnahmen durchgeführt würden. Dies habe man noch nicht konkret ermittelt, sondern dies würde erst erfolgen, wenn die Angelegenheit weiter verfolgt werden solle. Nach seiner Ansicht sei der große Sitzungssaal grundsätzlich für Videoaufnahmen geeignet.

**Abg. Lindenberg** meint, die Verwaltung habe den Kreistagsbeschluss zu seinem Antrag umgesetzt. Nachdem nicht alle Abgeordneten einer Aufnahme der Kreistagssitzungen zugestimmt hätten, sollten keine weiteren Schritte in dieser Richtung unternommen werden. Der Antrag sei erledigt.

**Abg. Sievert** findet es bedauerlich, dass es von einigen Abgeordneten Ablehnungen gegeben habe. Dann habe es im Moment keinen Sinn, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Möglicherweise könne man in ein paar Jahren erneut darüber nachdenken.

**Abg. Dr. Hoffmann** erklärt, der Antrag seiner Fraktion solle weiter beraten werden und werde zur Beratung im Kreistag eingebracht.

Auf Nachfrage des **Abg. Gajdzik**, ob alle Abgeordneten einer Aufnahme zustimmen müssten, erläutert **Landrat Luttmann**, mit der Änderung des NKomVG seien die Voraussetzungen für eine Videoübertragung der Sitzungen vereinfacht worden. Jeder Abgeordnete könne einer Aufnahme widersprechen.

**Stellv. Ausschussvorsitzende Behr** stellt fest, dass der Antrag des Abg. Lindenberg vom 15.09.2016 erledigt sei. Der Antrag der AfD-Fraktion werde zur Beratung in den Kreistag eingebracht.

**Frau Huchzermeier** stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation Informationen zur Nutzung der Bürgerplattform ROW vor (*Anmerkung: Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt*). Die Einrichtung einer Bürgerbeteiligungsplattform entsprechend „Liquid Friesland“ sei vom Kreistag im Dezember 2014 beschlossen worden. Seitdem hätten insgesamt 320 Personen einen Akkreditierungscode für die Bürgerplattform ROW beantragt, von diesen hätten 200 Personen den Code anschließend zur Registrierung genutzt. **Frau Huchzermeier** stellt die Altersstruktur der akkreditierten Nutzer/innen dar und geht darauf ein, dass die Zahl der Akkreditierungen nur zum Start der Bürgerplattform sowie nach dem Start von bestimmten Initiativen höher gewesen sei. Insgesamt seien sechs Initiativen auf der Bürgerplattform behandelt worden, davon vier Initiativen die Landkreisthemen betroffen hätten.

**Abg. Lindenberg** führt aus, bei der Einführung der Bürgerplattform habe man hehre Ziele gehabt. Damit sollten sich mehr Bürger/innen für die kommunale Politik interessieren und sich aktiv beteiligen können. Dies habe leider nicht funktioniert. Und zwar trotz Pressearbeit und Informationsveranstaltungen seitens der Verwaltung bei der Einführung der Bürgerplattform. Das Forum habe die Erwartungen nicht erfüllt.

**Abg. Gajdzik** meint, die Menschen würden sich über die Kommunalpolitik aus der lokalen Presse informieren und würden darüber hinaus hierzu keine weiteren Medien benötigen. Er spricht sich dafür aus, die Bürgerplattform zu beenden.

**Abg. Sievert** vertritt die Ansicht, man solle nicht zu früh aufgeben. Er habe den Eindruck, die Anmeldung sei zu kompliziert und langwierig. Wenn die Bürger/innen ein solches Forum nutzen, würden sie ihre Meinung schnell kundtun wollen. Wenn es einen Weg geben würde, sich schneller auf der Bürgerplattform anzumelden, könnte dies mehr Nutzer motivieren.

**Frau Huchzermeier** stellt klar, dass die Anmeldung auf der Bürgerplattform nicht anders geregelt werden könne. Es sollten sich nur Landkreiseinwohner/innen auf der Plattform beteiligen können und deshalb sei eine Verifizierung der Anmeldung notwendig.

Während **Abg. Lindenberg** meint, „Schnellschüsse“ der Bürger/innen würde die Politik nicht brauchen, spricht sich **Abg. Borngräber** dafür aus, die Bürgerplattform zunächst nicht einzustellen. Die Resonanz könne auch noch besser werden.

**Abg. M. Holsten** wundert sich über die geringe Beteiligung der Bürger/innen auf der Plattform. Sie meint, auch wegen des mit dem Betrieb verbundenen Verwaltungsaufwandes sollte die Bürgerplattform ROW eingestellt werden.

**Landrat Luttmann** erklärt, ein gutes Projekt müsse auch zum richtigen Zeitpunkt gestartet werden. Dieses Projekt sei nach seiner Ansicht nicht zur richtigen Zeit gekommen. Auch im Landkreis Friesland sei die bisherige Bürgerbeteiligungsplattform „Liquid Friesland“ inzwischen eingestellt und in ein Online-Modul für Vorschläge und Anregungen der Bürger/innen umgewandelt worden. Wenn die Nutzer wie beim Thema Sperrmüllentsorgung merken würden, dass entgegen ihrem Mehrheitsvotum auf der Bürgerplattform zu einem Thema vom Kreistag anders entschieden werde, würde dies nicht zur Steigerung des Vertrauens in die Politik beitragen.

**Kreisrat Höhl** weist darauf hin, dass die Bürger/innen sich über ein Formular „Anregungen und Kritik“ auf der Internetseite des Landkreises mit ihren Anliegen an die Verwaltung wenden könnten. Dies werde mit jährlich ca. 30 bis 50 Eingaben zu verschiedenen Themenbereichen gut angenommen.

**Abg. Gajdzik** bedankt sich bei Frau Huchzermeier für ihr Engagement beim Aufbau und der Betreuung der Bürgerplattform ROW.

**Abg. Lindenberg** beantragt, der Ausschuss für Personal- und Organisationsentwicklung solle dem Kreisausschuss empfehlen, den Betrieb der Bürgerplattform ROW so bald wie möglich einzustellen.

**Landrat Luttmann** weist darauf hin, dass der Kreisausschuss über die Einstellung der Bürgerplattform abschließend entscheiden könne.

**Stellv. Ausschussvorsitzende Behr** stellt den Antrag des Abg. Lindenberg zur Abstimmung.

### **Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:**

Der Betrieb der Bürgerplattform ROW wird so bald wie möglich eingestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 5  
Nein-Stimmen: 1  
Enthaltung: 3

### **Punkt 8 der Tagesordnung: Anfragen**

---

Es liegen keine Anfragen vor.

**Stellv. Vorsitzende Behr** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Vertreter der Presse und der Zuhörer verlassen den Sitzungsraum.

*gez. Borngräber*  
Vorsitzender  
(TOP 1 bis 4)

*gez. Behr*  
stellv. Vorsitzende  
(TOP 5 bis 10)

*gez. Luttmann*  
Landrat

*gez. Twiefel*  
Protokollführer